Eine Kopie dieses Schreibens geht an die Münchner Medienvertreter.

Bundesministerium für Verkehr
und digitale Infrastruktur
Herr Bundesminister
Andreas Scheuer
Invalidenstr. 44
10115 Berlin

geplante Änderungen des Bußgeldkatalogs

München, 10.09.2019

Sehr geehrter Herr Minister Scheuer,

die von Ihnen geplanten Verschärfungen des Bußgeldkatalogs, insbesondere die Möglichkeit der Eintragung von Punkten ins Fahreignungsregister in Flensburg für das Parken in 2. Reihe, auf Geh- und Radwegen, werden massive Auswirkungen gerade auf den Wirtschaftsverkehr haben. Ich erlaube mir, Ihnen dies anhand eines Beispiels aus München zu schildern: in der zentral gelegenen Fraunhoferstraße, in der viele kleinere Handwerksbetriebe und Läden angesiedelt sind, wurden kürzlich 120 Parkplätze weggenommen und durch eine Fahrradspur ersetzt (gegen die Stimmen der Stadträte von CSU, FDP und BAYERNPARTEI). Diese Parkplätze wurden tagsüber hauptsächlich von Lieferanten und Kunden der Gewerbebetriebe genutzt. Die Betriebe wie auch eine große, alteingesessene Gaststätte sind jedoch auf Anlieferungen per Transporter und LKW angewiesen. Ladezonen sollen in Nebenstraßen eingerichtet werden, dies ist nach Aussage der Gewerbetreibenden jedoch nicht praktikabel. Die Betriebe erleiden gravierende Einnahmeeinbußen.

An vielen Stellen in Deutschlands Großstädten werden Parkplätze weggestrichen. Lieferanten und Kurierfahrern im Stadtbereich wird bei realistischerweise keine andere Möglichkeit bleiben, als oft auf Geh- und Fahrradwege und die sog. 2. Reihe auszuweichen. Wenn diese Fahrer bei nahezu jedem Halt mit einem Bußgeld sowie einem „Punkt in Flensburg“ rechnen müssen, droht der Verlust des Führerscheins bereits nach einem einzigen Arbeitstag. Wie soll der Gewerbe- und Wirt-

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Rathaus, Marienplatz 8 • Geschäftsstelle: Zimmer 116 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 20 798 • Fax: 089 / 233 – 20 770 • E-Mail: bayernpartei@muenchen.de

schaftsverkehr dies verkraften? Wie sollen Mitarbeiter von Kurierdiensten, die oft ohnehin schon unter prekären Arbeitsverhältnissen leiden, so hohe Bußgelder und drohenden Führerscheinverlust aushalten?

Sehr geehrter Herr Minister, ich bitte Sie eindringlich, die Konsequenzen der geplanten Verschärfungen des Bußgeldkatalogs in Betracht zu ziehen und den Wirtschaftsverkehr nicht über Gebühr zu belasten. Lebendige Innenstädte sind auf ihn angewiesen!

Ich hoffe auf Ihr Verständnis und bedanke mich bereits jetzt für Ihre Mühe.

Mit freundlichen Grüßen

Mario Schmidbauer
ea. Stadtrat